

13.03.86

- 1 -

Antrag

der Länder Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen
und des Saarlandes

zum

Weißbuch der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an
den Europäischen Rat - Vollendung des Binnenmarktes -

Punkt 19 der 562. Sitzung des Bundesrates am 14. März 1986

Der Bundesrat möge beschließen, in der Empfehlungsdrucksache 289/1/85
nach Ziffer 3 folgende neue Ziffer 3 a. einzufügen:

"3 a. Der Bundesrat bedauert, daß die Kommission den Sozialbereich
im Weißbuch ausgeklammert hat.

Die Vollendung des Binnenmarktes kann ohne

- die Harmonisierung der Arbeitsbedingungen,
- einen verstärkten sozialen Dialog mit den Gewerkschaften,
- angemessene finanzielle Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in den strukturschwachen Regionen Europas und
- finanzielle Solidarität zwischen den strukturschwachen und strukturstarken Regionen

nicht gelingen.

Die Vorschläge zu einem einheitlichen Binnenmarkt können nicht
isoliert gesehen werden

- a) von den sozialen Bedingungen in den Mitgliedsländern (Arbeitsschutz, Arbeitszeitregelung, soziale Sicherung, Arbeitnehmermitbestimmung usw.): Wenn die sonstigen Wettbewerbsbedingungen angeglichen werden, dann müssen auch die sozialen Bedingungen angepasst werden;
- b) vom sozialen Dialog mit den Gewerkschaften: Die Verwirklichung des Binnenmarktes kann den Wettbewerb verstärken und den Strukturwandel beschleunigen. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß

dieser Strukturwandel sozialverträglich verläuft. Dies erfordert, den in verschiedenen Mitgliedsstaaten bewährten Dialog mit den Gewerkschaften zu intensivieren;

- c) von den wirtschaftspolitischen Konsequenzen: Ein Abbau der Handelshemmnisse macht Maßnahmen zur Erhöhung der Produktivität bei den Unternehmen erforderlich, die bisher durch Handelshemmnisse geschützt sind. Dies ist eine Voraussetzung dafür, daß die sozialen Bedingungen angeglichen werden können und strukturpolitisch unerwünschte Verlagerungen von wirtschaftlichen Aktivitäten vermieden werden. Hierzu können auch die strukturwirksamen Maßnahmen der EG angemessen eingesetzt werden;
- d) von den haushaltsmäßigen Konsequenzen: Wegen der struktur- und regionalpolitisch negativen Effekte für einzelne Regionen und Arbeitnehmergruppen sind verstärkte strukturpolitische Anstrengungen der Gemeinschaft notwendig, um zumindest teilweise einen finanziellen Ausgleich für binnenmarktbedingte Nachteile zu schaffen."